

**Regierungsrat**

Luzern, 24. Februar 2015

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 456**

Nummer: P 456
Eröffnet: 09.12.2013 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement
Antrag Regierungsrat: 24.02.2015 / Teilweise Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 218

Postulat Rebsamen Heidi und Mit. über die Wirtschaftsplattform zum Klimaschutz**A. Wortlaut des Postulats**

Der Regierungsrat prüft die Möglichkeit, gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden aus Luzern eine Wirtschaftsplattform für klimagerechtes und nachhaltiges Wirtschaften aufzubauen. Diese soll dem Austausch, der Informations- und Wissensvermittlung dienen und zu konkreten Klimaschutzmassnahmen führen, ähnlich wie dies in Stadt und Region Bern durch die Klimaplatform der Wirtschaft geschieht.

Der Bericht soll darüber Rechenschaft geben,

- wie sich der Bedarf präsentiert,
- welche Fragen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz für die Unternehmen zentral sind,
- wie eine gemeinsame Plattform gebildet werden könnte,
- ob eine regionale Zusammenarbeit möglich wäre, zum Beispiel via die Energiestädte,
- welche Mittel dazu sinnvollerweise eingesetzt werden sollten.

Begründung:

Der Kanton Luzern verfügt über eine vielfältige Wirtschaftsstruktur, welche sowohl im Produktions- wie auch im Dienstleistungssektor internationale Ausstrahlung hat. Zudem ist der Kanton Luzern seit langem Standort einer technischen Fachhochschule, welche speziell im Energiebereich und in der Gebäudetechnologie führend ist.

Leider gibt es im Kanton Luzern bis heute nur wenige Unternehmen, welche für vorbildliches umwelt- und klimaschonendes Wirtschaften bekannt sind. Dabei erweist es sich immer klarer, dass nachhaltig aufgestellte Betriebe auf lange Sicht wettbewerbsfähiger sind.

In anderen Städten und Regionen hat sich gezeigt, dass hier Netzwerke und Plattformen eine wichtige Funktion haben. Durch gegenseitigen Austausch, Vermittlung von guten Beispielen und Präsentation erzielter Erfolge fühlen sich viele Betriebe angespornt, mitzuziehen. Die Klimaplatform der Wirtschaft in Bern zeigt dies eindrücklich (www.klimaplatform.ch), haben doch die 53 Mitglieder im Jahr 2011 gemeinsam über 10 000 Tonnen CO₂ eingespart.

Die Energiepolitik eines Kantons hat auch mit Wirtschaftsförderung zu tun. Die Themen Energieeffizienz, Energieversorgung, Sanierungsquote usw. widerspiegeln Wachstumspotenziale. Eine fortschrittliche Energiegesetzgebung hilft, den Markt für diese regionalvolkswirtschaftlichen Potenziale tatsächlich zu erschliessen.

Nach der Ablehnung des Energiegesetzes wurde auch bekannt, dass KMU aus Zürich und Bern auf den Luzerner Markt drängen. In diesen beiden Kantonen sind die Begriffe «Minergie-P-ECO» oder «GEAK» in der Planungs- und Baubranche verbreitet. Es werden dazu auch viele Aus- und Weiterbildungen angeboten und besucht, da dieser Standard nicht nur

von den beiden Kantonen bei eigenen Bauten umgesetzt, sondern speziell über den GEAK auch bei Privaten eingefordert wird. Weiter wird der Nachweis «elektrische Energie» nach SIA 380/4 in Luzern nicht verlangt: Deshalb gibt es im Kanton Luzern nur wenige Planer, welche in diesem Bereich Erfahrungen haben. Deshalb nehmen Bauherren, welche im Kanton Luzern nach Minergie-P planen, Planer aus dem Kanton Bern oder Zürich.

Rebsamen Heidi
Töngi Michael
Meile Katharina
Hofer Andreas
Bucher Michèle

Froelicher Nino
Reusser Christina
Stutz Hans
Frey Monique

B. Antrag Regierungsrat

Das eidgenössische Parlament verabschiedete am 23. Dezember 2011 das revidierte Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) und schuf damit die gesetzliche Grundlage für die Klimapolitik der Schweiz von 2013–2020. Demzufolge sind die Treibhausgasemissionen im Inland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gesamthaft um 20 Prozent zu vermindern (Art. 3 Abs. 1 CO₂-Gesetz). Die Energiestrategie 2050 des Bundes ist auf die Erfüllung und Einhaltung dieser internationalen Verpflichtungen ausgerichtet. Der Bundesrat setzt in erster Linie auf eine konsequente Erschliessung der vorhandenen Energieeffizienzpotenziale und in zweiter Linie auf eine ausgewogene Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung einer nachhaltigen Energiepolitik verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Antwort zum Postulat P 462 von Jakob Lütolf-Arnold. Wie dort ausgeführt, halten wir am Ziel fest, die Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien und für eine effiziente Energienutzung zu verbessern und den Innovationsstandort Luzern im Sinne eines Cleantech-Clusters zu stärken. Es gilt die Wirtschaftskraft, die Wertschöpfung und die Innovation im Bereich Cleantech (Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energieproduktion, Energieverteilung, Energieverbrauch etc.) nachhaltig zu stärken bzw. auszubauen. Durch optimierte und effiziente Vernetzung der (vorhandenen) fachlichen Kompetenzen im Bereich Entwicklung, Forschung und Produktion der Umwelttechnologien sollen marktreife und innovative (Pilot-, Leuchtturm- und andere) Projekte, Produkte und Dienstleistungen gefördert werden. Der Fokus liegt schwergewichtig auf der Schaffung von volkswirtschaftlichem Mehrwert.

Viele im Postulat angeführte Anliegen werden im Rahmen des Leistungsauftrags der Dienststelle Umwelt und Energie mit den verfügbaren Mitteln so gut als möglich bereits umgesetzt. Darüber hinaus sehen wir vor, einzelne Anliegen – soweit noch erforderlich – unter Berücksichtigung der Gesetzgebung zur Energiestrategie 2050 bei den wieder aufgenommenen Arbeiten für ein neues kantonales Energiegesetz nochmals miteinzubeziehen. In diesem Sinn beantragen wir, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.